

Prekäre Jobs: Tickende Zeitbombe

Jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland arbeitet gegenwärtig nur für einen Niedriglohn (Niedriglohn = weniger als 2/3 des Durchschnittseinkommens im Land). Das hat das Statistische Bundesamt Anfang September in Wiesbaden mitgeteilt. Konkret heißt das: 20,6% der Beschäftigten erhalten eine Vergütung von weniger als 10,36€ pro Stunde. Die meisten Beschäftigten, die 2010 einen Niedriglohn erhielten, waren atypisch beschäftigt. Zur atypischen Beschäftigung zählt Teilzeitbeschäftigung mit bis zu 20 Wochenarbeitsstunden, befristete Beschäftigung, Zeitarbeit und Mini-Jobs. Fast jeder zweite atypisch Beschäftigte erhielt 2010 einen Verdienst unter der Niedriglohngrenze. Einen besonders hohen Niedriglohnanteil wiesen die geringfügig Beschäftigten mit fast 85% auf. Bei Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen lag der Anteil bei knapp 11%.

Niedriglohn hängt auch mit der Branche und der Tarifbindung in der Branche zusammen. Bei nicht tarifgebundenen Arbeitgebern erhielt fast ein Drittel der Beschäftigten einen Niedriglohn (31%). Bei tarifgebundenen Arbeitgebern waren es mit knapp 12% deutlich weniger. Besonders hoch war 2010 der Anteil von Beschäftigten mit Niedriglohn bei Taxifahrer/-innen (87%), Friseurinnen und Friseuren (86%) und im Reinigungsgewerbe (82%). Aber auch in Restaurants, Cafés und Gaststätten (77%), in Wäschereien und chemischen Reinigungen (74%) sowie in Kinos (74%) gab es besonders viele Beschäftigte mit Niedriglohn.

Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind seit 2001 eine Million sozialversicherungspflichtiger Vollzeitstellen vernichtet worden. Gleichzeitig entstanden weit über eine Million prekäre Stellen. Wer wundert sich da noch, dass der Anteil der Niedriglöhner zwischen 2006 und 2012 von 18,7 auf 20,6 % gestiegen ist? Der Trend ist eindeutig: sozialversicherungspflichtige Vollzeitjob werden in mehrere kleine und prekäre zerlegt. Das Kapital kann so effektiver Lohndumping durchsetzen und die Zahlung der Sozialversicherung ganz oder teilweise einsparen. Kein Wunder, dass das private Geldvermögen in Deutschland seit der Jahrtausendwende von 3,6 auf 4,6 Billionen Euro anstieg. Niedriglöhne und prekäre Jobs sind eine tickende Zeitbombe und werden die Altersarmut extrem verschärfen. Deshalb gehört Leiharbeit verboten.

Seit einigen Monaten sammelt der **Stuttgarter Metallertreff** Unterschriften unter den Text im Kasten unten, um die Debatte um das Verbot von Leiharbeit und Werksvertragsbetrug in die Betriebe zu tragen und den Druck zu erhöhen, dass Forderungen über die Regulierung hinaus hin zu einem Verbot in den Gewerkschaften verankert werden.

Am **7. Oktober** ist der **Weltaktionstag gegen prekäre Beschäftigung**. Um diesen Tag herum werden in verschiedenen Städten gewerkschaftliche Aktionen gegen prekäre Arbeit statt finden. Nutzen wir diesen Tag zur Unterschriftensammlung für ein Verbot von Leiharbeit.

Unterschriftslisten bitte einsenden an

metallertreff@yahoo.de oder an

T. Kremer, Stockheimer-str. 1, 70435 Stuttgart

Verbot von Leiharbeit und Werkvertragsbetrug!

Die Leiharbeit boomt in zahlreichen Betrieben - mit oft schändlich niedrigen Löhnen! Die Agentur für Arbeit zwingt Arbeitslose zu Zehntausenden in diese Arbeitsverhältnisse, bietet oft gar keine anderen Jobs mehr an! In vielen Betrieben gibt es verkappte Leiharbeit und getarnte andere prekäre Arbeitsverhältnisse unter dem betrügerischen Titel „Werkverträge“!

Das alles vernichtet reguläre Arbeitsplätze, führt zu längerer Arbeitszeit, drückt Löhne herab und nötigt alle Beschäftigten zu immer zügelloserer Flexibilität. Belegschaften werden gespalten und all die Mitarbeiter/innen in prekären Arbeitsverhältnissen entrechtet.

Deshalb fordern wir durch unsere Unterschrift von Staat und Regierungen die Verwirklichung der folgenden Forderungen, von unseren Gewerkschaften Hilfe und Unterstützung dafür:

- Verbot der Leiharbeit (Zeitarbeit, Arbeitnehmerüberlassung)! Aufhebung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)!
- Kündigung aller Tarifverträge des DGB für die Leiharbeit! Sie ermöglichen Niedriglöhne!
- Übernahme aller Leiharbeiter/innen in reguläre Arbeitsverhältnisse - beim letzten Entleiher - damit diese Kolleg/innen nicht auf die Straße fliegen!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Gesetzlicher Mindestlohn, nicht unter zehn Euro (lohnsteuerfrei)!
- Volle Durchsetzung der 35-Stundenwoche und weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Ausnutzung aller Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Betriebsräte, gemeinsam Leiharbeit zu verhindern! Gemeinsame Mobilisierung der Stammbeslegschaften und Leiharbeiter/innen für mehr Druck auf Regierungen und Unternehmen!
- Betriebsräte und Belegschaften müssen das Recht haben, alle Werkverträge zu kontrollieren, um verkappte Leiharbeit aufzudecken!

Name	Gewerkschaft / Funktion (informell)	Betrieb	Anschrift	Unterschrift